

16. November 2018

- Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages
- Vorsitzende aller Fraktionen des Bundestages
- Bundestagsabgeordnete des Landes MV
- Herrn Minister Spahn
- Gesundheitsminister Harry Glawe, Mecklenburg-Vorpommern
- Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg, Schleswig-Holstein
- Nachrichtendienste, Zeitungen

Offener Brief der Ärzte in Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrte Damen und Herren,

das geplante Gesetz „TSVG“ ist ein weiterer Sargnagel für den „freien Beruf“ Arzt. Die am System beteiligten Ärzte wurden nicht befragt oder gehört. Mit dieser undemokratischen und dirigistischen Vorgehensweise tritt Herr Spahn in die Fußstapfen von Ulla Schmidt, die es vor 15 Jahren schaffte, dass Ärzte der Versorgung den Rücken gewandt haben. Mit seiner Äußerung auf einer Pressekonferenz - **es muss keiner als Kassenarzt arbeiten** - verfällt er in die alte Argumentation, die zum Ärztemangel geführt hat. Welcher Arzt soll sich bei einer solchen Einstellung des zuständigen Ministers noch niederlassen wollen?

Wenn die im TSVG geplanten Einschränkungen der ärztlichen Selbstverwaltung Wirklichkeit werden sollten, bedarf es der KVen als Interessenvertretung der Ärzteschaft nicht mehr. Dann sind die Berufsorganisationen gefragt, die Interessen der Ärzte mit allen Konsequenzen einzufordern. Die Aktivitäten in Bayern und des Marburger Bundes haben gezeigt, dass es funktionieren kann.

Der von **den liberalen Vorgängerministern begonnene und von Herrn Gröhe weitergeführte richtige Weg der Entbürokratisierung und Regionalisierung** brachte eine Verbesserung der Versorgung. So konnten die KVen auf Besonderheiten in ihren Regionen reagieren; z. B. Patientensteuerung mit dringlicher Überweisung und Förderung unterversorgter Gebiete wurden möglich. **Doch dieser Weg wird jetzt durch Herrn Spahn verlassen und der Rückwärtsgang eingelegt.**

Nach dem Willen von Herrn Spahn sollen dirigistische Vorgaben aus Berlin heckenschnittartig in den Bundesländern umgesetzt werden. Diese führen nicht zu einer Stabilisierung des Gesundheitswesens und besserer Versorgung der Patienten. **Die Einschränkung der Freiberuflichkeit als Arzt wird zum weiteren Rückgang des ärztlichen Engagements führen und die Effektivität der ärztlichen Versorgung deutlich belasten.**

- **Wir brauchen mehr Zeit für unsere Patienten statt mehr Bürokratie in Form von unnötigen Kontrollformularen und Berichtspflichten.**
- **Wir brauchen Einbeziehung ärztlicher Kompetenzen in gesundheitspolitische Entscheidungen.**

- **Wir brauchen endlich eine vernünftige Patientensteuerung ähnlich wie in anderen demokratischen Ländern.**
- **Der Ärzteberuf darf keine Ware werden, schon gar nicht in Händen von Kapitalgesellschaften.**
- **Wir sind keine Erfüllungsgehilfen für Fehlentscheidungen, die Praxen belasten, wie z. B. die Telematik-Infrastruktur.**
- **Die ärztliche Selbstverwaltung muss als solche erhalten bleiben, sonst bedarf es dieser nicht mehr.**
- **Regionale Besonderheiten benötigen lokale Lösungen statt zentraler Vorgaben.**

Lösen Sie endlich tatsächliche Probleme, sonst stimmen Ärzte weiter mit den Füßen ab!

Herr Spahn ist auf dem falschen Weg!

Berufsverband der Frauenärzte e.V. MV

Berufsverband Deutscher Nervenärzte MV

Berufsverband der niedergelassenen Hämatologen und Onkologen e.V. MV

Hausärzterverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Deutscher Berufsverband der HNO-Ärzte e.V. MV

Berufsverband für Orthopädie und Unfallchirurgie MV

Berufsverband der Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten in der Schmerz- und Palliativmedizin e.V. MV

Bund Deutscher Chirurgen MV

Bundesverband Deutscher Pathologen MV

Bundesverband Niedergelassener Kardiologen e.V. MV

Berufsverband der Deutschen Dermatologen e.V. MV

Landesverband der Pneumologen MV e.V.

Berufsverband der Deutschen Radiologen e.V. MV

Berufsverband der Augenärzte Deutschlands e.V. MV

Berufsverband Deutscher Anästhesisten e.V. MV

Berufsverband Deutscher Psychiater

Berufsverband Deutscher Laborärzte e.V. MV

Berufsverband Deutscher Internisten e.V. MV

Hartmannbund MV

Berufsverband Deutscher Rheumatologen e.V. MV

Berufsverband der Rehabilitationsärzte e.V. MV

NAV Virchowbund MV

Das Maß ist voll!

Die Einmischung der Politik in das ärztliche Handeln ist **unerträglich**. Die Attraktivität des Arztberufes sinkt im Takt der gesetzgeberischen Maßnahmen! Unsinnige Regelungen und Vorschriften boykottieren unsere Arbeit. Populistische Gesetze, Unsinn und Kontrollwahn bestimmen die aktuelle Gesundheitspolitik. **Minister Spahn plant weitere einschneidende Verschlechterungen des ärztlichen Alltages und der Selbstverwaltung:**

- **Staatliche Steuerung** der Sprechstundenzeiten und -struktur,
- **Weiterer Zwang** zur Errichtung und Ausbau von **Terminservicestellen** suggeriert Unterversorgung bei 30 % höherer Inanspruchnahme der Ärzte als im europäischen Durchschnitt,
- **Praxisfremde** Regelungen zum **Datenschutz** lähmen den ärztlichen Alltag,
- **Telematik-Infrastruktur verschlingt Mrd. €** von Versicherten-geldern ohne Nutzen für die Patientenversorgung,
- **Chronisch Kranke** werden durch eine „Neupatientenregelung“ **benachteiligt**,
- **Zwang zu Errichtung von KV-Praxen** schafft Konkurrenz zu den eigenen Kollegen!!
- **Staatliche Planung und Lenkung im Zulassungsausschuss** hebt die bestehende Selbstverwaltung aus.
- **Praxisbürokratie** wird durch das neue Gesetz von Herrn Spahn **weiter aufgebläht**.

Kollegen, wir müssen uns jetzt dagegen wehren! Unterstützen Sie unsere Kampagne an die Politik, um diesen Unsinn zu stoppen und faxen Sie unsere umseitigen Forderungen an den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages.


Dipl.-Med. Torsten Lange
Hausarzt


Dr. Karsten Bunge
Kardiologe


Dr. Andreas Kauffold
Chirurg

*An den
Ausschuss für Gesundheit
des Deutschen Bundestages
Fax-Nr.: 030-227 36724*

Unsere Forderungen als Ärzte:

- **Wir brauchen mehr Zeit für unsere Patienten statt mehr Bürokratie in Form von unnötigen Kontrollformularen und Berichtspflichten.**
- **Wir brauchen Einbeziehung ärztlicher Kompetenzen in gesundheitspolitische Entscheidungen.**
- **Wir brauchen endlich eine vernünftige Patientensteuerung ähnlich wie in anderen demokratischen Ländern.**
- **Der Ärzteberuf darf keine Ware werden, schon gar nicht in Händen von Kapitalgesellschaften.**
- **Wir sind keine Erfüllungsgehilfen für Fehlentscheidungen, die Praxen belasten, wie z.B. die Telematik-Infrastruktur.**
- **Die ärztliche Selbstverwaltung muss als solche erhalten bleiben.**
- **Regionale Besonderheiten benötigen lokale Lösungen statt zentraler Vorgaben.**

.....
Unterschrift und Praxisstempel